



**FDP**  
Die Liberalen



**grünliberale**

## Täuschung des Stimmvolkes

**Linke und Gewerkschaften spielen bei der Reform der Arbeitslosenversicherung mit gezinkten Karten. 140'000 Unterschriften seien gegen die Revision eingereicht worden, behaupteten sie vor einer Woche. Die Bundeskanzlei kommuniziert heute, es seien nur 76'000 Unterschriften. Werbung in eigener Sache zu machen ist das Eine, dabei glaubwürdig zu bleiben das Andere. Eine solche krasse Differenz der Zahlen gibt zu denken. Falsche Angaben sind eine Täuschung der Wählerinnen und Wähler. Falsch sind auch die Argumente der Gegner dieser Revision. Sie verschweigen, dass die Revision zum Ziel hat, die Lohnbelastung für den einzelnen Arbeitnehmer tief zu halten und Fehlanreize zu verhindern. Sie verschweigen ebenfalls, dass die Grundleistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten bleiben.**

Linke und Gewerkschaften führten die Öffentlichkeit bei der Einreichung der Unterschriften für das Referendum gegen die Sanierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) eindeutig und bewusst in die Irre. Gemäss ihrem Communiqué vom 6. Juli behaupteten sie, es seien 140'000 Unterschriften eingereicht worden. Wie die Bundeskanzlei heute mitteilt, waren es jedoch nur gerade 76'000. Doch das ist nicht das einzige falsche Spiel der Gegner einer sicheren ALV: Die Argumente sind genau so falsch, wie die Unterschriftenzahlen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Referendumsführer sichert die Reform die ALV auf sozial- und wirtschaftsverträgliche Art und Weise. Die Grundleistungen bleiben gleich, Fehlanreize werden hingegen abgebaut. Damit fördert die Vorlage vom 26. September 2010 die rasche Rückkehr ins Arbeitsleben. Eine übermässige Belastung von Betroffenen wird vermieden.

Gleichzeitig mit den unhaltbaren Vorwürfen verschweigen die Gegner auch, dass ein JA zur ALV-Reform noch höhere Lohnabzüge vermeidet. Bei einem Nein steigen die Lohnabzüge um 0,5%. Das ist mehr als doppelt so stark wie bei einem Ja zur ausgewogenen Vorlage. Das würde gerade Personen und Familien mit tiefen und mittleren Einkommen hart treffen. Ihnen bleibt im kommenden Jahr wegen steigenden Steuern und Abgaben für IV, Erwerbsersatzordnung und Krankenkassen ohnehin schon weniger Geld zum Leben. Ein Nein würde aber auch Arbeitsplätze gefährden. Denn auch die Arbeitgeber müssten höhere ALV-Beiträge bezahlen. Die höhere Belastung droht den Aufschwung abzuwürgen und die Wirtschaft ins Stocken zu bringen. Deshalb braucht es am 26. September ein JA zur sozialverträglichen ALV-Vorlage von Bundesrat und Parlament!

Für das Co-Präsidium des überparteilichen Komitees „Höhere Lohnabzüge stoppen – Sichere Arbeitslosenversicherung JA“



**FDP**  
Die Liberalen



**grünliberale**

Hansjörg Hassler, Nationalrat BDP, 079 438 50 53, Urs Hany, Nationalrat CVP, 079 431 99 57, Charles Favre, Nationalrat FDP, 079 621 08 93, Verena Diener, Ständerätin glp, 079 331 08 39

Veröffentlicht: 13. Juli 2010